



Info-Blatt NRW

der Landtagsabgeordneten Marie-Luise Fasse für
den Kreis Wesel



Liebe Parteifreunde,

25. 01. 2016

in dieser Woche tritt zum ersten Mal im Jahr das Plenum zusammen. An drei Tagen diskutieren die Abgeordneten unter anderem über das geplante WDR-Gesetz, Bürokratieabbau, digitale Bildungsmaßnahmen, die Integration von Flüchtlingen und vieles mehr.

Was in der vergangenen Woche in der Landeshauptstadt Thema war, lesen Sie hier.

Ihre

M.L. Fasse

CDU und FDP legen Einsetzungsantrag für einen Untersuchungsausschuss „Silvesternacht 2015“ vor

Die Fraktionen von CDU und FDP haben am vergangenen Dienstag einen gemeinsamen Antrag auf Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Vorfällen in der Kölner Silvesternacht verabschiedet. Denn: Mit jedem Tag steigt die Zahl der Fragen an die Landesregierung. Innenminister Jäger hat dem Parlament im Rahmen der Sondersitzung des Landtags am 14.01.2016 entscheidende Informationen vorenthalten und gleichzeitig den Eindruck vollständiger Transparenz erwecken wollen. Ausweislich neuer Dokumente waren Minister Jäger und die Staatskanzlei jedoch schon am 1. Januar über die sexuellen Übergriffe in Köln informiert. Wie passt dies mit dem Schweigen der Ministerpräsidentin und der späten Reaktion der Landesregierung zusammen? Nach Ansicht der CDU-Fraktion bedarf es einer zügigen, breiten und detaillierten Aufklärung der Vorkommnisse in Köln und der Ursachen, die zu dieser Eskalation geführt haben. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes schuldig.

Minister Jäger ist nicht mehr glaubwürdig

Der Innenausschuss hat in der zurückliegenden Woche den dritten gescheiterten Versuch von Innenminister Jäger erlebt, die Verantwortung für die Vorgänge in der Silvesternacht von sich zu weisen. Sein Auftritt im Innenausschuss hat erneut mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Wie glaubwürdig ist es, wenn Herr Jäger behauptet, vor dem 4. Januar 2016 keine Kenntnis von der Dimension der Ereignisse gehabt zu haben, obwohl er bereits am Nachmittag des 1. Januar 2016 persönlich über mehrere Sexualdelikte durch eine 40 bis 50 köpfige Tätergruppe nordafrikanischer Herkunft informiert war? Warum hat er trotz der Kenntnis dieser und weiterer WE-Meldungen die unzutreffende Informationspolitik des Polizeipräsidiums Köln tagelang unkommentiert laufen lassen? Wann und wie ist die Ministerpräsidentin tatsächlich erstmals über diese Vorgänge informiert worden? Von den zahlreichen Fragen der Opposition konnte die Landesregierung auch im Innenausschuss nicht eine einzige zufriedenstellend beantworten. Jägers verzweifelte Versuche einer Flucht nach vorne geraten zunehmend zur Selbstdemontage. Der Minister ist nach den offenkundigen Widersprüchen in seiner Darstellung und Kommunikation nicht mehr glaubwürdig.

Haushaltsabschluss 2015: SPD-Finanzminister verschätzt sich um knapp 500 Millionen Euro bei den Steuereinnahmen

Anstatt der noch Mitte Dezember 2015 vom Finanzminister prognostizierten Steuereinnahmen hat das Land knapp 500 Millionen Euro weniger eingenommen. Das hat SPD-Finanzminister Walter-Borjans in dieser Woche auf Nachfrage der CDU-Landtagsfraktion zugegeben. Schon in den Debatten Mitte Dezember 2015 hatte die CDU-Landtagsfraktion vor einem rund 500 Millionen Euro großen Steuerloch im Landesetat gewarnt. Doch das Finanzministerium mauerte.

Die Frage, ob und wann der Finanzminister von dem Steuerloch wusste und welche Auswirkungen das auf den laufenden Haushaltsvollzug hat, wird der Haushalts- und Finanzausschuss auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion in einer Sondersitzung klären.

CDU-Antrag: Marokko, Algerien und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einstufen

Die CDU will Marokko, Algerien und Tunesien schnellstmöglich zu „sicheren Herkunftsländern“ erklären. Dadurch können Asylanträge schneller bearbeitet und die Aufenthalte von Antragsstellern aus diesen Staaten in Deutschland schneller beendet werden. Dies ist mit Blick auf die extrem geringe Schutzquote und die steigenden Zugangszahlen notwendig. Allein im Dezember 2015 kamen fast 2.300 Algerier und 3.000 Marokkaner nach Deutschland, obwohl so gut wie keine Aussicht auf politisches Asyl oder Anerkennung nach der Genfer Flüchtlingskonvention besteht.

Der SPD-Bundesvorsitzende hat seinerseits bereits Unterstützung für die Pläne der Union angekündigt. Ministerpräsidentin Kraft werden wir bei der Abstimmung im Landtag in der kommenden Woche und im Bundesrat an ihren eigenen Worten messen. In ihrem

Maßnahmenpaket vom 11. Januar 2016 heißt es: „Wir werden uns einer sachlichen Diskussion aller Maßnahmen auf Bundesebene nicht verschließen, die zur dringend notwendigen **Beschleunigung der Asylverfahren** – einschließlich der anhängigen „Altfälle“ – führen.“ Fest steht: Die Ministerpräsidentin darf nicht wie bei der Einstufung der Demokratien des Balkans auf der Bremse stehen.

Die Einstufung der Maghreb-Länder zu sicheren Herkunftsländern ist jedoch nur ein Baustein: Gleichzeitig muss es auch gelingen, die abgelehnten Asylbewerber aus diesen Staaten in ihre Heimatländer zurückzuführen und die Rücknahmeprogramme mit Leben zu füllen.

WDR-Gesetz: Rot-Grün betreibt ein übles Spiel

SPD und Grüne setzen mit ihrer Mehrheit Regelungen im WDR-Gesetz durch, die zu mehr Bürokratie, höheren Kosten und einer bloßen Scheinöffentlichkeit führen. Konstruktive Vorschläge der Opposition werden in Bausch und Bogen abgelehnt. Auch in der Medienpolitik will die rot-grüne Regierungsmehrheit ihre politischen Vorstellungen durchsetzen und ideologische Pflöcke einschlagen. Die neue Zusammensetzung des Rundfunkrates ist völlig unausgewogen, wichtige gesellschaftliche Gruppen werden gar nicht oder nicht angemessen berücksichtigt. Die neu für den WDR-Verwaltungsrat eingeforderten Qualifikationen sind zu eng gefasst. Zu sehr stellt der Gesetzentwurf auf die formale Qualifikation ab und zu wenig auf die Erfahrung in der Führung und in der Kontrolle entsprechender Unternehmen. Der gesamte Prozess zur Novellierung des WDR-Gesetzes zeigt, dass Rot-Grün in keiner Weise an einer fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit interessiert ist.

Die Ministerpräsidentin und ihr Medienstaatssekretär haben im Widerspruch zum eigenen Koalitionsvertrag keine Ansätze in Richtung Werbefreiheit in den Gesetzesentwurf aufgenommen. Die Opposition wurde zu keinem Zeitpunkt eingebunden. Das lag wohl nicht zuletzt daran, dass wir zentrale Punkte der rot-grünen Gesetzesnovelle ablehnen. Rot-Grün ist auf diese Kritik nicht eingegangen. Die politische Einflussnahme im WDR-Gesetz konnte ohne unsere Zustimmung geregelt werden. Es erschließt sich nicht, warum dies ausgerechnet bei der Werbereduzierung nicht möglich sein soll. Wir lassen uns nicht den Schwarzen Peter für den mangelnden Gestaltungswillen der Koalition zuschieben. Rot-Grün betreibt ein übles Spiel. Die CDU steht weiterhin zu ihrer Forderung nach Werbefreiheit im WDR, einem diversifizierten Medienangebot von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern und zum Zwei-Säulenmodell im nordrhein-westfälischen Rundfunk. Diese Grundsätze werden in ein umfassendes medienpolitisches Programm für die Landtagswahlen 2017 einfließen. Wir werden dies nach Übernahme der Regierungsverantwortung umsetzen und den lokalen Rundfunk stärken.

Gemeinnützigkeit von Schützenvereinen muss erhalten bleiben – Hat der Finanzminister seine Verwaltung noch im Griff?

Die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung hat letzte Woche die Gemeinnützigkeit von Schützenvereinen in Frage gestellt. Damit verkennt sie das überwältigende Engagement von Schützenvereinen und Schützenbruderschaften in vielen ehrenamtlichen Bereichen, gerade auch aktuell in der Flüchtlingsbetreuung. Das Schützenwesen wurde im vergangenen Jahr

von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt und soll daher besonders gefördert und geschützt werden.

Finanzminister Walter-Borjans hat inzwischen erklärt, dass Traditionsvereine im Regelfall weit über ihre Mitgliedschaft hinaus wirken. Deshalb dienen sie der Allgemeinheit und erfüllen die Anforderungen an die Gemeinnützigkeit. Damit sei das Thema für ihn vom Tisch.

Doch das Schreiben des Finanzamtes sowie das vorhergehende Urteil des Finanzgerichts Köln stehen noch im Raum. Daher werden wir das Thema weiterverfolgen und auf Rechtssicherheit für die Vereine drängen.

Impressum:
Marie-Luise Fasse MdL

Büro in Düsseldorf: Postfach 101143
40002 Düsseldorf
Tel.: 0211/884-2782
Fax: 0211/884-3328
e-mail: marie-luise.fasse@landtag.nrw.de
Mitarbeiterin: Claudia Gutmann

Büro in Rheinberg: Großer Markt 4
47495 Rheinberg
Tel.: 02843-16368
Fax: 02843-17086
Mitarbeiterin: Stephanie Riemann

Internet: www.marie-luise-fasse.de